



KOCH IST WEG – MAL SEHEN WAS KOMMT



Tarek Al-Wazir

Nach elf langen Jahren verlässt Roland Koch die politische Bühne. Und es ist verblüffend, was er politisch alles überlebt hat: Die heftige

Kritik an seiner Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, seine Lüge im Zusammenhang mit den schwarzen Kassen der Hessen-CDU und seinem verzweifelten Vorstoß, die Kriminalität ausländischer Jugendlicher im Wahlkampf 2008 politisch zu instrumentalisieren. Selbst als die CDU 2008 zwölf Prozent der Wählerstimmen verloren hatte und Koch nichts Schlimmeres sehen konnte als eine Einflussnahme der Linkspartei in der hessischen Landes-

politik, trat er nicht zurück. Dabei hätte sein Verzicht wahrscheinlich den Weg zu einer großen Koalition frei gemacht, die genau das verhindert hätte. Aber er blieb stur auf seinem Platz, Machterhalt war alles, Inhalte zählten nicht.

FINANZPOLITISCHES DESASTER

Und so ist auch die Bilanz seiner elfjährigen Regierung zu sehen. Die Finanzpolitik ist ein Desaster. In seiner Regierungszeit wuchs der Schuldenberg auf gigantische Ausmaße an, er wurde verdoppelt – von wegen die Konservativen könnten besser mit Geld umgehen. Auch jetzt gibt es kein langfristiges und umfassendes Konzept für eine nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes. Hier hat die neue Regierung viel Arbeit

AUS DEM INHALT

Steuerfahnderaffäre	S. 2
Schuldenfalle	S. 3
Barrierefreiheit	S. 4
Gesundheit - ländlicher Raum	S. 5
Atomenergie	S. 6
Google Streetview	S. 7
Familienkarte	S. 8

vor sich, eine Umkehr ist dringend notwendig. Wir GRÜNE haben mit unserem Konzept „Hessens Weg aus der Schuldenfalle“ einen Weg vorgezeichnet, wie Hessen durch den Dreiklang von Einnahmesteigerung, Effizienzsteigerung und Einsparungen aus dieser Falle entkommen kann.

Fortsetzung S. 2

SCHULJAHRJAHRESANFANG

Mehr Zeit, mehr Mittel und mehr pädagogische Freiheit für Hessens Schulen

Ein neues Schuljahr hat begonnen und die Probleme in der täglichen Arbeit der Schulen sind geblieben. Erstmals seit langem wird von der Landesregierung im Bildungsbereich sogar gekürzt. Dennoch verkündet Kultusministerin Henzler wie jedes Jahr und wie jeder ihrer Vorgänger, dieses Schuljahr sei bestens gestartet und den Schulen ginge es so gut wie nie.

REALITÄT SIEHT ANDERS AUS

Wir wissen aber aus vielen Gesprächen, dass die tägliche Erfahrung an den Schulen eine andere ist. Sicher hat es in den vergangenen Jahren auch Verbesserungen gegeben, aber auf die großen Fragen unseres Bildungssystems gibt es von Seiten des Kultusministeriums leider weiter keine Antworten oder es fehlen die Mittel zur Umsetzung in der Praxis:



Die großen Fragen bleiben unbeantwortet

- Wie stärken wir die frühkindliche Bildung und den Übergang zwischen Kindertagesstätte und Grundschule?
- Wie schaffen wir an den Schulen mehr Zeit für individuelle Förderung, neue pädagogische Ansätze und zur Schulentwicklung?
- Wie reduzieren wir den weiterhin viel zu hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern, die im Anschluss an die Schule erhebliche Probleme auf dem Arbeits-

markt und bei der eigenverantwortlichen Gestaltung ihres Lebens haben?

- Wie kommen wir auf dem Weg zu selbstständigen Schulen endlich weiter, die über mehr entscheiden dürfen als über die Verwaltung des Mangels?

Die Liste ließe sich noch eine Weile fortsetzen. Für uns liegen die Schlüssel zur Beantwortung dieser Fragen vor allem in drei Bereichen:

MEHR ZEIT

Unter Stress und Hektik können gute Schulen nicht gelingen. Mit einer 105-prozentigen Lehrerversorgung wollen wir den Schulen die notwendigen Freiräume geben, die sie für Ihre pädagogische Arbeit brauchen.

Fortsetzung S. 3



Fortsetzung von S. 1

Roland Koch wollte Hessen zum Bildungsland Nr. 1. machen – kurz vor seinem Abschied hat er zugegeben, dass er dies nicht erreicht hat. Er ist gescheitert. Hessens Schülerinnen und Schüler sind in nationalen wie internationalen Studien weiterhin nur im Mittelfeld zu finden. Dies liegt nicht daran, dass sie dümmer sind als andere Kinder und Jugendliche, sie werden nur nicht genügend gefördert. Hessen braucht mehr Ganztagschulen und eine bessere Förderung aller Schulen. Mit unserem Konzept der „Neuen Schule“ haben wir einen Vorschlag gemacht. Auf einem der größten Zukunftsfelder,

der Energiepolitik, sieht es zappenduster aus. Hessen befindet sich, was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht, immer auf einem der hinteren Plätze. So wird sowohl die Chance verspielt, mehr für den Klimaschutz zu tun, als auch tausende von neuen Arbeitsplätzen durch diese Technologien nicht geschaffen. Rheinland-Pfalz hat bald einen dreimal höheren Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung als Hessen. Traurig! Seit Jahren haben wir immer wieder zahlreiche Gesetzentwürfe und Konzepte vorgelegt. Statt sich mit den konkreten Problemen zu beschäftigen setzt sich die Landesregierung immer wieder für die Schrottreaktoren in Biblis

und die Interessen der Atomlobby ein. Auch hier ist eine Umkehr unter einem neuen Umweltminister oder einer Umweltministerin dringend notwendig. Für Volker Bouffier gibt es folglich viele Herausforderungen. Wir sind gespannt, ob er die Kraft haben wird, sie anzunehmen oder ob er so stark im System Koch verhaftet ist, dass er dies nicht schafft. Für Hessen ist eine Umkehr dringend notwendig, die Landespolitik darf weiterhin erfolglos vor sich hin dümpeln.

Tarek Al-Wazir
Fraktionsvorsitzender

STEUERFAHNDER-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS GRÜNE und SPD reichen Klage bei Staatsgerichtshof ein

Im Steuerfahnder-Untersuchungsausschuss 18/1 sollen auf Antrag von GRÜNEN und SPD die Umstände der Zwangspensionierung von vier hessischen Steuerfahndern untersucht werden, die mit falschen psychiatrischen Gutachten zwangspensioniert wurden. Im November 2009 hatte das Verwaltungsgericht Gießen den Gutachter wegen der Ausstellung vorsätzlich falscher Gutachten verurteilt. CDU und FDP haben eine Erweiterung des Untersuchungsauftrags durchgesetzt, die vom Kern der Sache, nämlich von Führungsfehlern in der Verwaltung und im Ministerium, ablenken sollen. Außerdem haben sie mit ihrer Mehrheit einen Beweisantrag durchgesetzt, der nach Überzeugung der GRÜNEN in Teilen nicht vom Untersuchungsauftrag des Landtages abgedeckt wird. Die Regierungsfractionen zeigen damit, dass es ihnen nicht um die Sachverhaltsaufklärung geht, sondern nur darum, die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu verzögern und die Ergebnisse zu verwässern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD haben sich daher entschlossen mit

einer Klage beim Staatsgerichtshof die Verfassungswidrigkeit dieses Handelns feststellen zu lassen. Ausgehend von der Tatsache, dass die Einsetzung von

CDU/FDP VERFASSUNGSWIDRIG

Untersuchungsausschüssen Minderheitsrecht ist, das durch die Mehrheit im Landtag im Kern nicht verdreht werden darf, kommt der Prozessbevollmächtigte von GRÜNEN und SPD, Prof. Dr. Joachim Wieland, zu der Auffassung, dass die Erweiterung Untersuchungsauftrags durch die Regierungsfractionen unzulässig war, weil sie gegen den Willen der antragsstellenden Minderheit erfolgt ist.

Außerdem hält der Staatsrechtler den Beweisantrag, welchen CDU und FDP mit ihrer Mehrheit durchgesetzt haben, in Teilen nicht für zulässig, weil er über den Untersuchungsauftrag des Ausschusses hinausgeht. GRÜNE und SPD haben den Untersuchungsauftrag bewusst auf die Ordnungsmäßigkeit des Pensionierungsverfahrens begrenzt, um möglichst rasch zu Ergebnissen zu kommen. Die Anträge von CDU und FDP gehen aber weit über die-

sen Rahmen hinaus. Die von CDU und FDP geforderte Untersuchung der fachlichen Qualifikation und Arbeitsleistung der entlassenen Steuerfahnder kann nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses sein, da diese Kriterien für die Zwangspensionierung keine Rolle spielen sollten. Auch die Frage, ob Abgeordnete des Hessischen Landtags im Vorfeld des Untersuchungsausschusses mit den entlassenen Steuerfahndern in Kontakt standen, ist laut Prof. Dr. Wieland unzulässig.

SACHLICHE AUFKLÄRUNG?

Trotz der Klage vor dem Staatsgerichtshof kann die Arbeit des Untersuchungsausschusses weiter gehen, da bereits ein einstimmig beschlossener Beweisantrag von SPD und GRÜNEN vorliegt und auch Teile des Beweisantrags von CDU und FDP unstrittig sind. Hier wird es entscheidend darauf ankommen, ob die Regierungsfractionen bereit sind, sich auf ein entsprechendes Verfahren einzulassen. Verfahrensfragen im Ausschuss werden mit Mehrheit beschlossen, so dass CDU und FDP mit ihrer Mehrheit dafür sorgen können, dass die Aufklärungsarbeit ausgebremst wird.



Fortsetzung von S. 1

Mehr Zeit bedeutet auch echte Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht und zusätzlichen Förderangeboten. Und mehr Zeit bedeutet Wahlfreiheit zwischen 12 und 13 Jahren zum Abitur (G8 oder G9), wie wir sie in unserem Konzept für eine Neue Schule vorgestellt haben.

MEHR PÄDAGOGISCHE FREIHEIT

Wir wollen den Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Über Jahrzehnte sind die Lehrpläne und pädagogischen Vorgaben für die Schulen immer detaillierter geworden, ohne dass die Bildungsergebnisse unbedingt besser geworden sind. Die Einführung der Bildungsstandards sollte dazu genutzt werden, zu definieren, was Schülerinnen und Schüler können sollen. Gleichzeitig sollten die Schulen größtmögliche Freiheit bekommen, wie sie diese Inhalte vermitteln. Dazu gehört, den alten ideologischen Streit zwischen gegliedertem

Schulwesen und gemeinsamen Lernen endlich zu beenden. Auch hier stehen wir mit unserem Konzept für eine Neue Schule für mehr Entscheidungskompetenz für die Schulgemeinde und die Wahlfreiheit der Eltern.

MEHR MITTEL

Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber

ohne zusätzliche Mittel wird es eben auch nicht gehen. Deshalb ist die Entscheidung der Landesregierung, mit dem Sparen ausgerechnet bei der Bildung zu beginnen, so falsch. Gerade die Selbstständigkeit von Schule kann nur gelingen, wenn die Schulgemeinde tatsächlich über zusätzliche Mittel entscheiden kann. Die bloße Verwaltung des Bestehenden reicht nicht aus.

KONSEQUENZEN DES VOLKSENTSCHEIDS IN HAMBURG

In der öffentlichen Wahrnehmung ist der Eindruck entstanden, der Volksentscheid in Hamburg habe sich generell gegen längeres gemeinsames Lernen gerichtet. Das ist jedoch nicht richtig. Auch nach dem Volksentscheid wird in Hamburg mit der Stadtteilschule neben dem Gymnasium eine weitere leistungsfähige Schulform aufgebaut. An der Stadtteilschule wird bis zum Ende der Mittelstufe gemeinsam gelernt und somit alle Bildungsabschlüsse möglichst lange offen gehalten. Lediglich die Pläne des Senats die sechsjährige Grundschule verpflichtend einzuführen wurde durch den Volksentscheid abgelehnt.

In Hessen haben wir GRÜNE schon vor dem Volksentscheid in Hamburg auf eine Schulreform von unten gesetzt. Von oben verordnet wurde und wird den Schulen in unseren Vorschlägen nichts. Mit unserem Konzept für eine Neue Schule wollen wir den Schulen vielmehr ermöglichen, längeres gemeinsames Lernen endlich auch in Hessen umzusetzen. Wir hoffen sehr, dass sich unser hessischer Weg des Ermöglichens anstelle des Verordnens nun endlich auch bundesweit bei den GRÜNEN durchsetzt.

KONFERENZ „HESSENS WEG AUS DER SCHULDENFALLE“

Das Schuldenverbot 2020 gehört schon heute auf die Tagesordnung

Die umgehende Erarbeitung von Konzepten zum Abbau der Schulden sahen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der hochkarätig besetzten Konferenz der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu „Hessens Weg aus der Schuldenfalle“ am 9. Juni in Wiesbaden als notwendig an. Hessen wird das Schuldenverbot ab 2020 nur einhalten können, wenn wir sofort damit beginnen, das strukturelle Defizit im Landeshaushalt von jährlich 1,5 Milliarden Euro Schritt für Schritt abzubauen. Alle an der Konferenz mitwirkenden Wissenschaftler, nämlich Prof. Stefan Koriath (Universität München), Prof. Thomas Lenk (Universität Leipzig) und Prof. Joachim Wieland (Verwaltungshochschule Speyer) sind sich darin einig gewesen, dass das Thema Schuldenbremse deshalb schon jetzt auf die Tagesordnung gehört.

Breite Unterstützung gab es – quer durch die Reihen der über siebzig Tagungsgäste – für die Erkenntnis, dass es keine singuläre Lösung des Schuldenproblems gebe: „Nur durch den Dreiklang aus Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben, Effizienzsteigerungen im öffentlichen Dienst und Einnahmeverbesserungen für die Staatskasse werden wir das strukturelle Defizit abbauen können.“

LOB FÜR UNSER KONZEPT

Immer wieder haben sich die Tagungsgäste auf unser vorgelegtes Konzept zur Einhaltung der Schuldenbremse bezogen, und es als gute Diskussionsgrundlage bezeichnet. Kontrovers wurde allerdings darüber diskutiert, ob der darin auch vorgeschlagene Fonds, in den die Bundesländer ihre Altschulden einbringen könnten, zur Einhaltung des Schul-

denverbots beitragen würde. Vielfach wurde von einer „Zwickmühle“ gesprochen, in die die Bundesländer geraten könnten. Während ihnen viele Ausgaben durch Bundesgesetze vorgeschrieben würden, hätten die Länder nach wie vor kaum eigenständige Möglichkeiten, die Steuereinnahmen zu verbessern. Deshalb drohe den Ländern eine noch größere Abhängigkeit vom Bund, wenn wir die Steuerbasis nicht verbreitern.

EHRliche HAUSHALTPOLITIK

Alleine durch neue Schuldenregeln in der Verfassung werden wir der Schuldenfalle nicht entkommen. Die Politik in Bund und Land muss endlich auch bereit sind, die Regeln einzuhalten und in der Steuer- und Haushaltspolitik ehrlich umzusetzen. Die erfolgreiche Konferenz war ein weiterer Schritt auf dem Weg zu detaillierteren Vorschlägen.



KONZEPTE FÜR HESSEN: BARRIEREFREIHEIT...

...als universelles Gestaltungsdesign

Zu Beginn der Sommerpause haben wir unser Konzept zur Schaffung von Barrierefreiheit in Hessen vorgestellt.

Ziel des Konzepts ist, dass Barrierefreiheit bei jeder Gestaltung des öffentlichen Raumes, bei Straßen, Plätzen, Gebäuden, Verkehrsinfrastruktur usw. ein tragendes Leitprinzip wird. Wir halten dies für notwendig, weil Barrieren ganze Personengruppen vom öffentlichen Leben ausschließen. In einer älter werdenden Gesellschaft ist Barrierefreiheit auch Voraussetzung dafür, dass ältere, gehbehinderte Menschen länger in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Barrierefreie Wohnungen und Quartiere führen Menschen zusammen, Barrieren dagegen trennen. Barrierefreiheit erleichtert das Leben für alle Menschen, nicht nur für diejenigen, die zwingend darauf angewiesen sind. Kinder im Kinderwagen oder bei den ersten Gehversuchen, Radfahrer, Fußgänger, Gehbehinderte, Rollstuhlnutzer und ältere Menschen mit Gehhilfen – alle profitieren von umfassender Barrierefreiheit. Insbesondere bei jeder Neugestaltung und bei Umbaumaßnahmen ist daher Barrierefreiheit zu gewährleisten.

AKTIONSPLAN FÜR HESSEN

Was kann das Land dafür tun, schrittweise Barrierefreiheit als universelles Gestaltungsdesign umzusetzen? Wir haben eine Reihe von Handlungsschritten aufgezeigt, die wir für notwendig halten. Zunächst einen Aktionsplan „Barrierefreies Hessen“. Dieser nimmt die Konkretisierung von Rechtsvorschriften auf, die schrittweise Umgestaltung von landeseigenen Einrichtungen – von Behörden bis Landesmuseen und Internetangeboten – sowie die Bindung öffentlicher Förderung an die Einhaltung der Barrierefreiheit.

Die Behörden des Landes werden verpflichtet, im Rahmen ihrer Planungs- und Genehmigungszuständigkeiten

besonders auf die Umsetzung der Barrierefreiheit zu achten und bei der Gestaltung von Angeboten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes die Barrierefreiheit zu beachten.

FACHSTELLE BARRIEREFREIHEIT

Weiter schlagen wir die Einrichtung einer „Fachstelle Barrierefreiheit“ vor. Vielfach fehlen weder Geld noch guter Wille zur Umsetzung von Barrierefreiheit, aber das technische Know-How, wie angemessene und preiswerte Lösungen aussehen könnten. Es gibt viele Stellen, die über dieses Know-How verfügen. Das muss gebündelt und Interessierten Bauherren, Architekten, Mediengestaltern etc. zur Verfügung stehen.

Barrierefreiheit ist nämlich mehr, als nur Stufenlosigkeit. Sie betrifft auch den Zugang zu Medien. Internetangebote müssen so gestaltet sein, dass sie auch von sehbehinderten und blinden Menschen genutzt werden können. Fernsehangebote mit Untertiteln für gehörlose Menschen und Audiodeskription für blinde Menschen gehören ebenso dazu. Natürlich sind wir dabei auf die Mitwirkung verschiedenster Akteure angewiesen. Wir schlagen deshalb Vereinbarungen des Landes mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vor, z.B. mit der Architekten- und Stadtplanerkammer, mit öffentlichen und privaten Wohnungsbauunternehmen, mit den Handwerkskammern, verschiedenen Fachbereichen der Hochschulen usw. Hierin sollten jeweils Selbstverpflichtungen zur Umsetzung der Barrierefreiheit festgehalten werden.

RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Das Land sollte nach unseren Vorstellungen auch die rechtlichen Grundlagen für Barrierefreiheit verbessern. Die Regelungen

in der Hessischen Bauordnung und im Gesetz über den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV-Gesetz) müssen konkretisiert werden. Neue Regelungen zur Barrierefreiheit sollen in die Bildungsgesetze – insbesondere das Schulgesetz und das Hochschulgesetz – eingefügt werden. Das Denkmalschutzgesetz muss an die Erfordernisse der Barrierefreiheit angepasst werden. Barrierefreiheit

und Denkmalschutz sind kein

Widerspruch, wenn man es richtig umsetzt. Barriere-

freie mediale Angebote

könnten im HR-Gesetz

und im Hessischen

Privatrundfunkgesetz

verankert werden. Im

Zuge der Umsetzung der

UN-Behindertenrechtskonvention muss auch das Landesrecht ohnehin auf Änderungsbedarf überprüft werden. Dazu gehören nach unserer Auffassung auch Regelungen zur Barrierefreiheit.

ZERTIFIKAT BARRIEREFREIHEIT

Schließlich sollten die Erfolge in Sachen Barrierefreiheit auch sichtbar werden. Deshalb schlagen wir ein Zertifikat Barrierefreiheit und eine Plakette vor, mit der an Gebäuden, Arztpraxen, Geschäften, Gaststätten, Museen etc. die Barrierefreiheit auch dokumentiert werden kann. Das erleichtert es den hierauf angewiesenen Menschen, die für sie erreichbaren und nutzbaren Einrichtungen zu erkennen.

Wir glauben, dass wir mit dem Konzept für mehr Barrierefreiheit auch einen Beitrag zu einer inklusiven Gesellschaft leisten, in der die Menschen in bunter Vielfalt gleichberechtigt miteinander leben können.

Das komplette Konzept und weitere Konzepte für Hessen finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -

Konzepte für Hessen





KONZEPTE FÜR HESSEN: GESUNDHEIT IM LÄNDLICHEN RAUM

Probleme der Gesundheitsversorgung endlich pragmatisch anpacken

Wir waren auch während der Sommerpause nicht untätig und haben kurz nach der Barrierefreiheit (S.4) auch unser Konzept zur „Gesundheit im ländlichen Raum“ vorgestellt. Ideologie oder Partikularinteressen einzelner Lobbygruppen dürfen nicht länger im Vordergrund von Entscheidungen stehen: Für uns gehören die Menschen - gesund oder krank - in den Mittelpunkt der Gesundheitspolitik. Und dies gilt natürlich auch für die ländlichen Gebiete Hessens. Während Antworten der Landesregierung auf sich warten lassen, sind seitens der Bundespolitik eher Verschlechterungen der Versorgung gerade in ländlichen Räumen zu befürchten.

HAUS DER GESUNDHEIT

Aufgrund des demografischen Wandels und des Wandels des Arztberufs wachsen auch in Hessen die Probleme im ländlichen Raum, die medizinische Versorgung auf einem hohen Qualitätsniveau zu halten. Bereits heute ist ein starker Fachkräftemangel – insbesondere von Ärztinnen und Ärzten sowie qualifiziertem Pflegepersonal festzustellen. Im Gegensatz dazu steht die Nachfrage nach Dienstleistungen im gesundheitlichen Bereich. Unser Konzept zeigt realistische, finanzierbare und nachhaltige Antworten auf, die weitgehend auf kommunaler Ebene und in Landesverantwortung umgesetzt werden können. Unser Ziel ist eine dezentrale integrierte Versorgung guter Qualität. Dazu wollen wir bessere Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene schaffen, vorhandene Kompetenzen aufwerten und zusammenführen sowie Prävention und Gesundheitsförderung endlich als feste Grundsäule etablieren. Der Erhalt kommunaler Krankenhäuser als Bestandteil der Daseinsvorsorge liegt uns gerade in der heutigen Zeit am Herzen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst wird zum „Haus der Gesundheit“

aufgewertet. Das Haus der Gesundheit soll die Vernetzung vorhandener Angebote und Strukturen verbessern und die Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen und Professionen im Gesundheitsbereich von Ärztenetzwerken, Schulen und Kitas, Altenheimen und Pflegediensten, bis zur Jugendhilfe und sozialen Einrichtungen, erleichtern. Zweite wesentliche Aufgabe der Häuser der Gesundheit ist die Stärkung der Gesundheitsförderung.

MODELL GEMEINDEPFLEGE

In der finanziellen Förderung von Einzelpraxen – wie dies CDU und FDP anstreben – sehen wir keine Lösung. Das Modell „Gemeindepflege“ soll – in Anlehnung an bewährte Angebote der früheren Gemeindegewerkschaften – ausgebildeten Krankenpflegekräften mehr Verantwortung übertragen und damit ein flächendeckendes Netz medizinischer Versorgung gewährleisten. Weiterhin brauchen wir ein „Ärztinnen und Ärzte Monitoring“ (analog dem hessischen Pflegemonitor), das rechtzeitig notwendige Bedarfe erkennen lässt.

VERSORGUNGSZENTREN

Ein weiterer Baustein für die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung ist für uns die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgungszentren zu „Ganzheitlichen Versorgungszentren“. In Ganzheitlichen

Versorgungszentren arbeiten Hausärztinnen und -ärzte als Lotsen ergänzt durch weitere Professionen, u.a. die Gemeindepflege. Solche Zentren können besser als Einzelpraxen den ärztlichen Notdienst im ländlichen Raum sicherstellen und zusätzliche Angebote, z.B. „Ärzte auf Rädern“ in abgelegenen Gemeinden anbieten. Wir wollen außerdem regionale Rund-um-die-Uhr-Lieferdienste der Apotheken erleichtern. Wir wollen außerdem prüfen, wie ein spezieller Bedarfsverkehr für Arztbesuche, wie z.B. Anrufsammeltaxen, Rufbusse, Bürgerbusse in regionale ÖPNV-Konzepte integriert werden kann.

KOMMUNALE KRANKENHÄUSER

Der Erhalt der kommunalen Krankenhäuser ist für uns seit langem ein Anliegen, da sie Bestandteil der allgemeinen Daseinsvorsorge sind. Damit kommunale Krankenhäuser im ländlichen Raum aber auch langfristig bestehen können, müssen sie künftig enger miteinander kooperieren (dürfen) sowie mit der ambulanten Versorgung und der Rehabilitation besser verzahnt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Häuser sollte über die eigentliche Versorgungsregion hinaus gesteigert werden können, zum Beispiel durch medizinische Exzellenz und besondere Angebote wie „Patientenhäuser“, die die Nachsorge oder Unterbringung von Angehörigen ermöglichen.

KONZEPTE FÜR HESSEN?

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. DIE GRÜNEN wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.

Mit neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für GRÜNE Konzepte, um Hessen fit für die Zukunft zu machen.

Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit GRÜN geht's bes-

(Handwritten signature)



ATOMENERGIE: SCHROTTREAKTOREN ABSCHALTEN

Dreiste Energiekonzerne und Bundesregierung auf Schlingerkurs sorgen für Verwirrung

Seit Monaten hält das Thema Atomkraft die Republik in Atem. Obwohl sich eine breite Bevölkerungsmehrheit gegen Atomkraft ausspricht, muss sie miterleben, wie die Bundesregierung vergeblich versucht in Punkto Atomenergie einen Kurs zu finden. Umweltminister Röttgen plädiert zunächst für eine Beteiligung des Bundesrates bei der Entscheidung über Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke, die Kanzlerin aber spricht sich dagegen aus. Dann gibt es zunächst einen unionsinternen Streit darüber, ob die Brennelementesteuer an die Laufzeitverlängerung gekoppelt sein soll, oder ob diese auch ohne Laufzeitverlängerung erhoben werden sollte. Weil sich darauf hin die Industrievertreter beschwerten, steht aber nun plötzlich das gesamte Modell der Brennelementesteuer wieder zu Disposition und Kanzlerin Merkel geht erst einmal auf Energiereise, bevor sie sich wieder zum Thema äußert. Doch Merkel muss sich gegen die Energiekonzerne und die Atomlobbyisten in der eigenen Partei durchsetzen, da hilft auch der Informationsbesuch des Plus-Energiehauses in Darmstadt nicht weiter.



Auch ohne Altmeiler wird weiterhin Strom fließen

SCHMOLLENDE KONZERNE

Die Energiekonzerne verhalten sich wie schmollende Kinder: Zunächst wurde mit der sofortigen Abschaltung der Atomkraftwerke gedroht, um dann dazu über zu gehen mit großformatigen Anzeigen auf die Tränendrüse zu drücken und den Untergang des Industriestandortes Deutschland zu beschwören. Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die Konzerne mit der Abschalt-Drohung das Märchen vom angeblich billigen Atom-



strom selbst entlarven, wenn schon eine Zusatzabgabe von 2,3 Milliarden Euro dafür sorgt, dass die Atomenergie nicht mehr konkurrenzfähig ist. Dass die Konzerne nun durch die Brennelementesteuer den Untergang der Industrie heraufbeschwören, ist zynisch und populistisch. Immerhin sind es dieselben Konzerne, die bisher der Industrie den Strom so teuer verkaufen, dass beispielsweise RWE allein im ersten Halbjahr 2010 einen Überschuss, vor dem Abzug von Zinsen, Steuern und Abschreibungen, von 6,1 Milliarden Euro erwirtschaftete. Wenn den Energiekonzernen die energieintensive Industrie so wichtig ist, wie sie in ihrer Anzeige schildern, dann liegt es bei ihnen selbst, die Brennelementesteuer nicht komplett auf die Stromkunden abzuwälzen. Dafür bieten die Gewinnmargen der Energiebranche genügend Spielraum.

SCHWEIGEN ÜBER RISIKEN

Über die Sicherheitsrisiken der Atomtechnologie und den noch Millionen Jahre strahlenden Atommüll schweigen sich die Konzerne hingegen aus. Gerade die Uraltmeiler sind für die Stromversorgung nicht mehr notwendig. Dies zeigt sich am Beispiel Biblis. Denn im Jahr 2009 sind bundesweit 14,3 Terawattstunden mehr Strom produziert als verbraucht worden. Dank GRÜNEM Engagement für erneu-

erbare Energien ist Deutschland also Stromexportland geworden. Die Atomkraftwerke Biblis A und B erzeugten 2009 insgesamt 2,5 Terawattstunden Strom. Sie können also beruhigt abgeschaltet werden, und niemand wird es merken. Kein Licht wird ausgehen, nur Hessen würde sicherer und es würde kein zusätzlicher Atommüll produziert.

ERNEUT STÖRFALL IN BIBLIS

Dass gerade Biblis ein hohes Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung bedeutet, macht ein weiterer meldepflichtiger Störfall der Kategorie „Eilt“ im Atomkraftwerk Biblis B klar, der sich am 30. Juli ereignete. Biblis verzeichnet nun schon über 840 Störfälle. Dies zeigt, wie anfällig und unsicher Deutschlands ältester Atommeiler ist. Während des jüngsten Störfalls stand das Notstandssystem für einige Zeit nicht zur Verfügung. Ursache war die Unterbrechung der Stromversorgung durch Wartungsarbeiten an einer Schaltanlage. Auch die von der GRÜNEN Bundestagsfraktion in Auftrag gegebene Studie bestätigt, dass Biblis A und B ein Sicherheitsrisiko darstellen. Sie macht deutlich, dass heute keines der in Deutschland in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke nach den Sicherheitskriterien, die 1994 von der CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl festgelegt wurden, genehmigungsfähig wäre. Insbesondere das fehlende unabhängige Notfall-Kühlungssystem, die gegen einen Flugzeugabsturz zu dünnen Reaktor-Kuppeln und der mangelnde Schutz bei Brandereignissen machen jede für sich die AKWs in Biblis schon abschaltungsreif. Wir GRÜNE fordern weiterhin die sofortige Abschaltung des Atomkraftwerks Biblis und das Festhalten am bundesweiten Ausstieg aus der Atomenergie.



50. HESSENTAG 2010 IN STADTALLENDORF

Gelungenes Jubiläum - aber gerne auch eine Nummer kleiner

Wie in jedem Jahr waren wir auch dieses Mal beim Hessentag in Stadtallendorf mit einem Stand der Fraktion vertreten. Für Mitarbeiter und Helfer war der Hessentag wieder mal ein Kraftakt und wir wollen uns an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bei allen bedanken, die an der reibungslosen Organisation mitgewirkt haben.

Mit einem runderneuten Standaufbau sind wir in diesem Jahr nach Stadtallendorf gekommen und freuen uns über die positiven Reaktionen. Neben dem Stand selbst hatten wir natürlich ein umfangreiches Informations- und Give Away Angebot, das die zahlreichen Besuche-

rinnen und Besucher gerne wahrgenommen haben.

POLITIK HAUTNAH

Ebenfalls traditionell gab es auch in diesem Jahr wieder eine gut besuchte öffentliche Fraktionssitzung, der neben einigen anderen Gästen vor allem eine Schulklasse aus Marburg beigewohnt hat. Die Fraktionssitzung ermöglicht den Gästen einen kleinen Einblick in die Arbeit der Fraktion und Gäste, insbesondere natürlich aus der Schulklasse, durften natürlich gerne Fragen stellen.

Wie jedes Jahr stellt sich auch diesmal wieder die Frage: Braucht Hessen jähr-

lich eine 10-tägige Veranstaltung, die Land und Gastkommune jedes Jahr eine Menge Geld und die Mitarbeiter eine Menge Nerven kostet? Unsere Antwort ist klar, es gäbe verschiedene Möglichkeiten das Format zu verändern. Beispielsweise würde ein zweijähriger Turnus völlig ausreichen, andere Bundesländer machen es schließlich vor. Insgesamt war der Hessentag trotzdem ein Erfolg und wir werden auch weiterhin präsent bleiben, auch wenn wir uns ein kleineres Format wünschen würden. Das nächste Mal dann in Oberursel – bis dann.



Impressionen – Links: Ständdienst in der Landesausstellung. Mitte: Hessentagspaar und Bürgermeister von Stadtallendorf zu Besuch bei der öffentlichen Fraktionssitzung. Rechts: Spaß muss auch sein – das GRÜNE Team im Finale des jährlichen Kickerturniers der SPD

GOOGLE STREETVIEW

Widerspruchsrecht wahrnehmen – Lücken im Datenschutz endlich schließen

Wir wollen an dieser Stelle noch einmal alle Leserinnen und Leser auf ihr Widerspruchsrecht gegen Google Street View hinweisen (über das Projekt hatten wir im Februar berichtet). Das Widerspruchsformular ist auf der Startseite unserer Homepage (www.gruene-fraktion-hessen.de) zu finden. Außerdem sehen wir die Landesregierung in der Pflicht, umgehend auf der Bundesebene zu intervenieren, um die vorhandenen Lücken im Datenschutz so schnell wie möglich gesetzlich zu schließen.

Die zunächst von Google gewährte Vier-Wochen-Frist ist viel zu knapp bemessen und fiel in einigen Bundesländern in die Sommerferien. Die Frist wurde jetzt

auf acht Wochen verlängert, ob das ausreicht, darf aber weiterhin bezweifelt werden. Durch das Vorgehen von Google bleiben erhebliche Zweifel, ob das Unternehmen wirklich an einer einfachen und bürgerfreundlichen Umsetzung der Widersprüche interessiert ist.

GESETZGEBER IN DER PFLICHT

Wir fordern zudem die Bundesebene auf, umgehend als Gesetzgeber tätig zu werden. Hier muss die Landesregierung Druck machen. Kurz vor der Sommerpause wurde im Bundesrat ein Gesetzentwurf beschlossen, durch den Lücken im Datenschutzgesetz geschlossen werden sollen. Wir hatten einen

entsprechenden Antrag erarbeitet, dem im Landtag zugestimmt wurde, so dass das Land Hessen im Bundesrat diesen Gesetzentwurf unterstützte. Erst wenn auch der Bundestag dem zugestimmt hat, haben Bürgerinnen und Bürger ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen Unternehmen wie Google. Nicht anonymisiertes Rohdatenmaterial muss dann innerhalb eines Monats gelöscht werden. Im Moment sind alle Zugeständnisse von Google auf freiwilliger Basis mit dem Hamburger Datenschutzbeauftragten ausgehandelt worden. Der Hamburger Datenschutzbeauftragte ist zuständig, weil Google seinen Sitz in Hamburg hat.



FAMILIENKARTE: WO SIND DIE BILDUNGSANGEBOTE?

Landesregierung als Promoter von kommerziellen Angeboten

Das von der Landesregierung vorgestellte Modell einer so genannten „Familienkarte“ sehen wir als unzureichend und in Teilen befremdlich an. Immerhin werden in den nächsten zwei Jahren eine Million Euro an Steuergeldern aufgewendet, um damit ein „kommerzielles Kundenbindungsprogramm“ zu organisieren. Wir werfen der CDU/FDP-Landesregierung vor, sich zum Koordinator von gewerblichen Rabattaktionen zu machen. Auffällig sind die seltsam anmutenden Angebote der so genannten Premiumpartner des Landes: Tank und Rast (10 mal kostenlose WC Benutzung,) Rewe (Rabatte für Tiefkühlpizzen) oder Hipp (lediglich freie Lieferung von Produkten), sowie eines Versicherungsangebotes. Das ist schon eine neue Dimension in der Landespolitik. Die Karte hat lediglich eine Aufgabe: Sie macht für viel Geld Werbung für Angebote und Rabattaktionen von kommerziellen Firmen.

Es fehlen nur noch Werbegeschenke und Gewinnspiele. Ansonsten werden lediglich bereits bestehende kostenlose Angebote wie die Telefonberatung bei Erziehungsfragen beworben.

FAMILIENKARTE ABER RICHTIG

Wir setzen uns auch für Vergünstigungen für Familien ein und weisen darauf hin, dass sie eine Familienkarte schon vor Jahren gefordert haben. Aber wir brauchen vor allem Angebote für die Nutzung von Schwimmbädern und Sportvereinen, der Bildung wie Musikschulen und der Kultur wie Museen. Für viele Familien sind diese Freizeitaktivitäten immer weniger bezahlbar. Aber hier bietet die Familienkarte der Landesregierung nur wenig. Sie beinhaltet nur einige Freizeitangebote, bei denen es bereits Vergünstigungen für Familien gibt. Wir fordern die Landesregierung deswegen zu einer Kooperation mit den



Werbung umgibt uns bereits überall

Kommunen auf. Durch die Kürzung von 360 Millionen Euro im kommunalen Finanzausgleich hat die Landesregierung dies aber offensichtlich nicht gewagt. So bekommen wir eine Karte mit einem gut klingenden Namen, aber im wesentlichen unterstützt sie kommerzielle Angebote. Wir werden deshalb im Landtag eine Diskussion über die Abgrenzung zwischen Angeboten des Landes und privatwirtschaftlichen Rabattaktionen zu führen haben.

KURZ NOTIERT

HEIMKEHR

Nach monatelangem Hin und Her, verschiedenen Standorten und Übergangsquartieren ist jetzt endlich die komplette Fraktion wieder in die alten, jedoch frisch renovierten Räume zurückgekehrt. In den neuen Räumen, mit neuen Möbeln können wir jetzt wieder gemeinsam ans Werk gehen.

BÜRGERLICHES LAGER

Nachdem Roland Koch auf seiner Abschiedstour eine große amerikanische Fast-Food-Kette besucht hat, wissen wir jetzt endlich, was das BÜRGERliche Lager ist: Im Mittelpunkt des BÜRGERlichen Lagers steht ein BigMac, dessen Verfallsdatum jedoch nach elf Jahren überschritten ist. Flankiert wird der BigMac häufig von gold-gelben Chicken-Wings. Bei Aktionswochen sind von diesem gelben Fast-Food vorübergehend schon mal 20 Stück in einer Packung. Derzeit sind sie jedoch wegen mangelnder Kundennachfrage aus dem Sortiment genommen worden. Der BigMac weiß theoretisch, dass grüner Salat ihm gut täte. Al-

lerdings isst er ihn doch nicht. Aus Protest gegen die Linkspartei ist ein extra großer Becher Kapitalistenbrause fester Bestandteil jedes BÜRGERlichen Mahls. Warum allerdings das Fundament des BÜRGERlichen Lagers ein knallrotes Plastiktablett bildet, können auch wir nicht erklären.

BILDUNGSMONITOR

Trotz einzelner Verbesserungen landet das hessische Bildungssystem beim am 25. August vorgestellten Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft nur im Mittelfeld. Erneut bekommt Hessen in einer Studie bescheinigt, dass andere Länder sehr viel weiter sind. Zwar gab es laut der Studie auch Fortschritte, dennoch reicht es wieder nur für einen Platz im Mittelfeld. Vor diesem Hintergrund wird erneut deutlich, wie falsch es von der Landesregierung ist, jetzt im Bildungsbereich sogar zu kürzen.

UNTERWEGS IN EUROPA

Ende Mai reisten die GRÜNEN Abgeordneten für vier Tage nach Serbien, um sich über den aktuellen Stand der Umwelt-, Wirtschafts- und Menschenrechtspolitik zu

informieren. Hocharrangigster Gesprächspartner war der serbische Umweltminister, Oliver Dulic, der sich trotz erheblichen Nachholbedarfs optimistisch zeigte, dass Serbien bald europäische Standards erreichen wird. Schwerpunkte der zahlreichen Gespräche waren neben dem angestrebten EU-Beitritt Serbiens die schleppend vorangehende Aufarbeitung der Balkankonflikte und die oftmals noch mangelhafte Achtung der Menschenrechte.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout

Till Haupt

Fotos

Eigene, pixelio.de

Druck: September 2010